



Newsletter SPD-Fraktion im Kreistag

Nr. 17 - April 2014

Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum

In der Großstadt Frankfurt ist das Thema bezahlbarer Wohnraum auf der Tagesordnung. Und im Kreis Offenbach?

Es spricht viel dafür, dass die Verhältnisse in der Nachbarstadt auch auf den Kreis ausstrahlen oder entsprechende Entwicklungen in Gang setzen.

Konkret berichteten Mitglieder des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in einem Gespräch mit der SPD-Kreistagsfraktion über einen Mangel an Wohnraum für „ihr“ Klientel. Behinderte oder Suchtkranke, deren Weg in die Gesellschaft von den Vertretern der Behindertenhilfe oder dem Verein Wildhof begleitet wird, haben kaum noch Chancen auf frei finanzierten Wohnraum. Sozialwohnungen sind Mangelware.



v.l.n.r.: Dieter Asch, Suchtkrankenhilfe Neu-Isenburg, Günter Lachmund, Vorsitzender des Sozialausschusses des Kreistages, Mechthild Dänne, DKSB Stadt OF, Jürgen Großer, GF Behindertenhilfe in Stadt und Kreis Offenbach, Mechthild Rau, Vorstand Wildhof e.V., Hanne Schirmer, GF DPWW Rhein-Main Ost, Gerd Hibbeler, Mitglied des Kreisausschusses und Norbert Schultheis, SPD-Fraktionsgeschäftsführer

Auch werde es immer schwieriger, Kommunen dafür zu gewinnen, Grundstücke im Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Jürgen Großer, der Geschäftsführer der Behindertenhilfe in Stadt und Kreis Offenbach, sucht dringend ein Grundstück für ein Haus mit zwanzig Ein-Zimmerapartments für geistig behinderte Menschen. Die Finanzierung steht, der Landeswohlfahrtsverband hat die Mittel bereitgestellt. Was fehlt ist ein Grundstück.

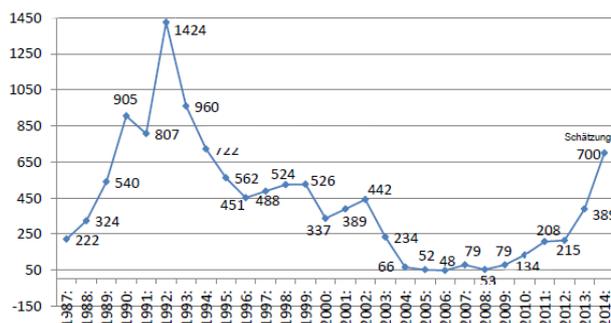
Seine Analyse: Es gibt Städte, die verkaufen ihre Grundstücke lieber zu hohen Preisen, um Haushalte auszugleichen, als dass sie auch ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

Eine Hürde für die am Wohnungsmarkt benachteiligten Bevölkerungsgruppen ist seit Jahresbeginn glücklicherweise weggefallen: die hohen Maklerkosten. Speziell für geistig Behinderte waren diese, so Großer, nicht aufzubringen. ○

Alle Kommunen tragen die gleiche Last

Im letzten Jahrzehnt hat der Kreis darauf verzichtet, Flüchtlinge den Kommunen direkt zuzuweisen. Die Ankommenden wurden stattdessen in Gemeinschaftsunterkünften und Hotels untergebracht. Dies war möglich, weil die Unterkünfte vorhanden waren und die Flüchtlingszahlen dies zuließen.

Entwicklung Flüchtlinge im Kreis

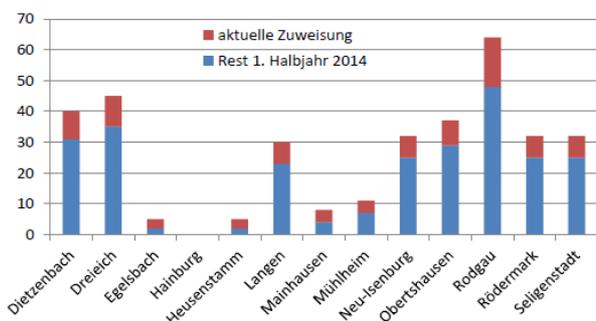




Im Laufe des letzten Jahres hat sich dies allerdings dramatisch verändert. Es wird gegenüber dem Jahr 2012 die drei- bis vierfache Anzahl an Flüchtlingen in 2014 erwartet - Tendenz steigend.

Es war zunächst nicht die Absicht des Kreises, die Kommunen direkt mit in die Verantwortung für die Unterbringung zu nehmen. Doch unverbindliche Anfragen in den Kommunen nach freien Wohnungen oder Unterkünften für Flüchtlinge hatten keinen Erfolg. Nun werden den Kommunen die Flüchtlinge direkt zugeteilt werden, so wie es das Landesaufnahmegesetz als Möglichkeit vorsieht. Der Kreis ist weiterhin für die Betreuung der Flüchtlinge zuständig und ersetzt den Kommunen die Unterkunftskosten bis zu einer festgelegten Höhe von 12,50 € pro Tag und Person.

Zuweisungen an Kommunen



Die Verteilung erfolgt proportional nach der Einwohnerstärke der Kommunen und unter Anwendung eines Sozialindex, der den Anteil um maximal zwei Prozent verringern oder erhöhen kann. Gemeinschaftsunterkünfte werden bei der Verteilung angerechnet.

Die Kommunen haben unterschiedlich auf die Ankündigung des Kreises, die Flüchtlinge zuzuweisen reagiert. Es ist aber erkennbar, dass alle Kommunen jetzt diese Gemeinschaftsaufgabe seriös angehen wollen.



Heimatgeschichte spannend und professionell

Auf ihrer Museumsreise durch den Kreis wurden die Mitglieder des AK Kultur der SPD-Kreistagsfraktion im Haus der Stadtgeschichte in Heusenstamm von einer professionellen Präsentation der „Heimatgeschichte“ überrascht. Das Haus wird von der Stadt Heusenstamm bewirtschaftet und vom Heimat- und Geschichtsverein Heusenstamm verwaltet, der auch für die inhaltliche Darstellung der Geschichte Heusenstamms verantwortlich zeichnet.



Die Mitglieder des AK Kultur vor einer Darstellung Heusenstamms aus dem 18. Jahrhundert v.l.n.r.: Yvonne Tesch-Klühspies, etwas verdeckt der Vorsitzende des Kulturausschusses des Kreistages Thomas Przibilla, Karl-Heinz Stier, Ingeborg Fischer, Heinz Seipel, Gerd Hibbler und Gernot Richter vom Heimat- und Geschichtsverein, der die Führung leitete

Anhand von Persönlichkeiten, die in Heusenstamm Spuren hinterlassen haben, werden Sozial- und Kulturgeschichte des Ortes bis in die neueste Zeit erläutert und durch zahlreiche Exponate belegt. Die Besucher müssen sich dabei mehrmals auf ungewöhnliche Präsentationsformen einlassen, doch das macht den Besuch auch spannend.



Es würde hier zu weit führen, alle Abschnitte zu beschreiben. Doch eins sei gesagt: Ein Besuch lohnt sich auch für Nicht-Heusenstammer.



Gerd Hibbeler entdeckt hinter dem Türchen ein Schloss der Familie Schönborn

Das Museum ist am Sonntag von 14:00 - 17:00 Uhr geöffnet, etwas schwer zu finden, aber trotzdem vom Torbogen aus gut ausgeschildert.



Die kleinen sozialen Organisationen leiden besonders

Die im Paritätischen Wohlfahrtsverband zusammen geschlossenen Organisationen spüren die restriktive Vergabe öffentlicher Mittel besonders stark. Große Verbände sind zumindest noch in der Lage, im Rahmen von Budgets Leistungen aufrecht zu erhalten. Bei kleinen Vereinen und Organisationen, die zum Teil nur über eine Fachkraft oder sogar noch weniger verfügen, können Kürzungen von öffentlichen Mitteln radikale Folgen, bis zur Einstellung der Angebote haben.

Darauf wies Mechthild Rau, hauptamtlicher Vorstand des Vereins Wildhof e.V., die Mitglieder des Arbeitskreises Soziales der SPD-Kreistagsfraktion anlässlich eines Gespräches hin. Es bestehe die Gefahr,

dass die Vielfalt der Angebote und Träger verloren geht, und damit die soziale Infrastruktur nachhaltig zerstört wird. Die Demotivierung von ehrenamtlichen Helfern wäre eine weitere Folge dieser Politik, ergänzte die Vertreterin des Kinderschutzbundes, Mechthild Dänne. ○



Pro Familia mit breitem Beratungsangebot - Geld aus den Kommunen unverzichtbar

Der Arbeitskreis Soziales, Arbeit und Gesundheit hat sich im direkten Dialog mit dem Geschäftsführer des Pro Familia Kreisverbandes Offenbach, Manfred Menzel, über die Arbeit der Beratungsorganisation informiert. Der Kreisverband, der mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 16.000 Euro vom Kreis Offenbach mitfinanziert wird, betätigt sich neben der klassischen Schwangerenkonfliktberatung auch in der Paar- und Sexualberatung sowie in der Sexualpädagogik.

So wurden im Jahr 2013 insgesamt ca. 4.000 Personen im Rahmen von etwa 1.400 Beratungsterminen erreicht. Insgesamt verfügt die Beratungsorganisation über 2,9 Vollzeitstellen, das Gesamtbudget liegt bei 250.000 Euro.

Manfred Menzel befürchtet bei anhaltendem Spardruck von kommunaler Seite, dass umfangreiche Angebot der Beratungsstelle nicht dauerhaft sichern zu können. „Zwar bietet die inzwischen geschlossene Leistungsvereinbarung einen gewissen Schutz vor dem direkten Zugriff zur Finanzierung der Rettungsschirmvereinbarung, dennoch bestehen große

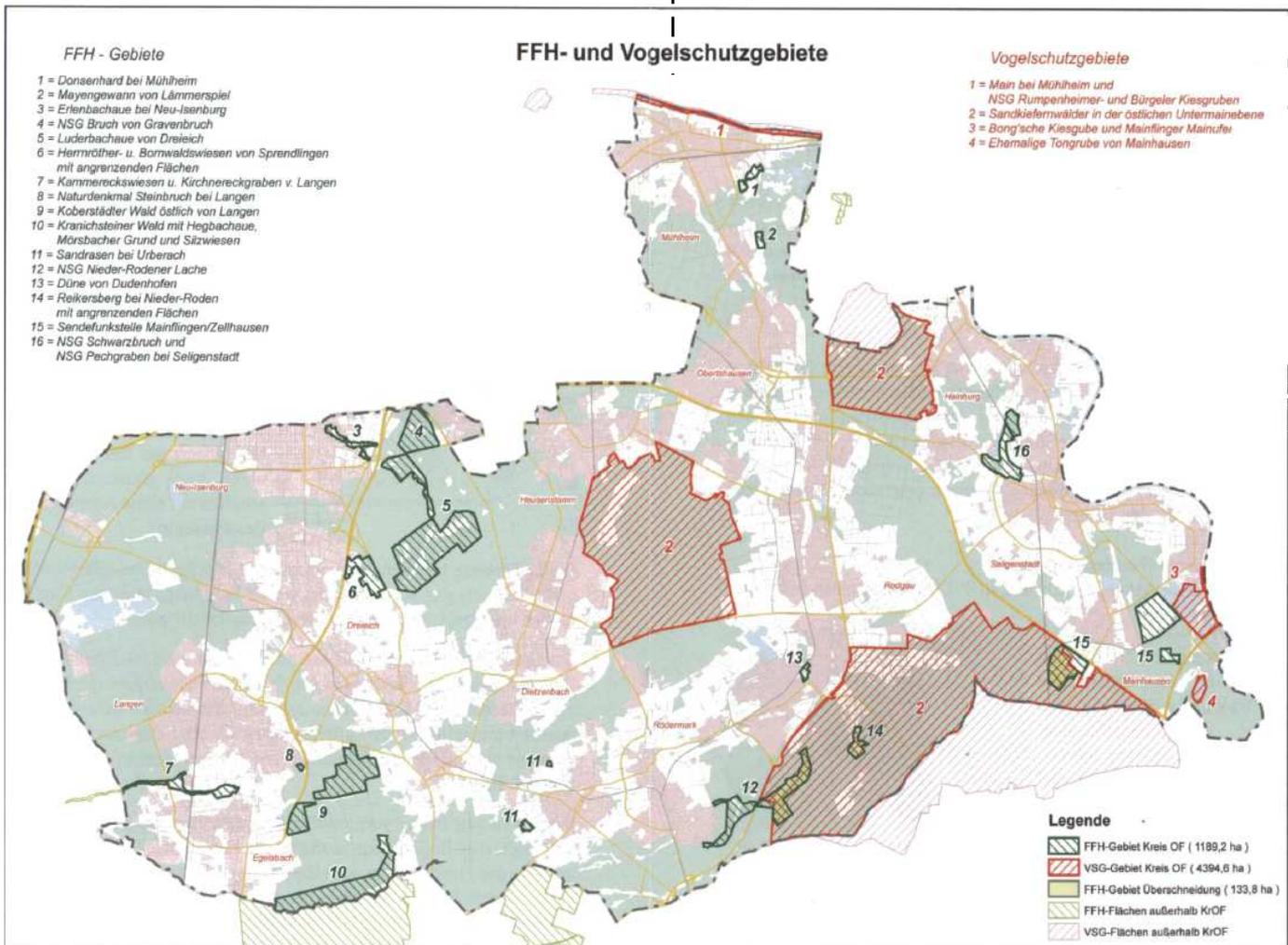


Bedenken auch hinsichtlich der Zuschüsse aus den Städten und Gemeinden“, so Menzel

Angesichts des sogenannten „Herbsterlasses“ des Hessischen Innenministers Peter Beuth, der die Gemeinden mit einem erneuten Spardiktat zusätzlich knebelt, konnten die anwesenden Sozialpolitiker diese Befürchtungen nicht zerstreuen. „Bereits jetzt ist klar, dass bei Umsetzung der derzeit geplanten schwarzgrünen Landespolitik eine weitere Zerschlagung sozialer Infrastruktur sowie steigenden Gebühren und Beiträge in den Kommunen zwangsläufige Folgen sein werden“, erläutert Fraktionspressesprecher Kai Gerfelder.

Kreis Offenbach - mehr als nur Siedlungsfläche und Strassen

Sechzehn FFH-Gebiete und vier Vogelschutzgebiete sind im Kreis Offenbach ausgewiesen. Eine Übersicht über die Gebiete mit einer kurzen Beschreibung der Schutzwürdigkeit liefert eine informative Broschüre des Europa Direct Relais Rhein-Main mit dem Titel Natura 2000, die im Kreishaus ausliegt. Ergänzt wird das Werk durch die Beschreibung von Lebensraumtypen und von Steckbriefen der besonders herausragenden Tierarten im Kreis Offenbach. Fragen Sie ihren Kreistagsabgeordneten danach.





Kreisweite CleverCard kommt

Zum Schuljahresbeginn 2014/2015 wird im Kreis

Offenbach eine kreisweite CleverCard eingeführt. Der Preis soll bei 280 € liegen. Berechtigt, diese Karte zu erwerben, sind alle Schülerinnen und Schüler sowie alle Auszubildenden, die ihren Wohnsitz im Kreis Offenbach haben. Mit der CleverCard kann man das gesamte ÖPNV-Angebot im Kreis Offenbach nutzen und in den Ferien sogar das gesamte RMV-Gebiet befahren. „Ziel der SPD-Vertreter im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft ist es, die Gültigkeit der CleverCard auch noch auf das Stadtgebiet von Frankfurt zu erweitern“, so die Vorsitzende des Arbeitskreises Verkehrs Margrit Jansen. Dazu müsse aber noch die Finanzierung geklärt werden. ○

Letzte Meldung:

Unterbringung von Flüchtlingen ohne große Probleme gelungen

Regelmäßig berichtet der Sozialdezernent des Kreises Carsten Müller im Sozialausschuss des Kreistages über die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge im Kreis.

Das letzte Fazit: Die erste Unterbringung der Flüchtlinge durch die Kommunen ist nahezu reibungslos gelungen. In drei Städten gab es aufgrund besonderer Umstände im Einzelfall Probleme, die aber gelöst werden konnten.

Auf der Fachebene finden regelmäßige Beratungen statt, um die Abläufe zu optimieren. So wird die Zuteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen nunmehr auf zwei Tage verteilt und somit die jeweils aktuelle Lage entspannt.

Der Kreistag wird in seiner Sitzung am 2.4.2014 die Weichen dafür stellen, dass auch zwei Notunterkünfte eingerichtet werden können, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Zur Zeit werden diese allerdings noch nicht gebraucht.

Langfristig sind insgesamt vier neue Gemeinschaftsunterkünfte durch den Kreis geplant. Zwei davon schon konkret in Rodgau und Seligenstadt. ○

Container oder Sozialwohnungen ?

Noch nicht abschließend geklärt ist nach Aussage des Vorsitzenden des Arbeitskreises Integration der SPD-Kreistagsfraktion Thomas Przibilla die Frage, welchem Standard Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge genügen sollen. Gute Erfahrungen seien mit „normalen“ Mietwohnungen als Unterkünfte für Flüchtlinge in Egelsbach gemacht worden. Diese Wohnungen stünden auch langfristig dem Wohnungsmarkt zur Verfügung und wären keine Sonderobjekte, die nach dem Auslaufen der Nutzung wieder beseitigt werden müssten, umreist Thomas Przibilla die Fragestellung. Der langfristige Nutzen von jetzt neu zu bauenden Immobilien rechtfertige auch höhere Kosten bei der Errichtung der Bauwerke. Die Unterbringung von Flüchtlingen sei damit auf lange Sicht wirtschaftlicher und sozial akzeptabler als in schnell errichteten Containern. ○

Der nächste Newsletter erscheint am 26.5.2014.



**Leserbriefe an:
SPD@kreis-offenbach.de**